

No. 35676

**Federal Republic of Germany
and
Italy**

Agreement between the Federal Republic of Germany and the Italian Republic concerning the settlement of questions in connection with the German-Italian Agreement of 26 February 1941. Bonn, 27 January 1976

Entry into force: 1 August 1977 and with retroactive effect from 1 January 1975, in accordance with article 15

Authentic texts: German and Italian

Registration with the Secretariat of the United Nations: Germany, 28 April 1999

**République fédérale d'Allemagne
et
Italie**

Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République italienne relatif au règlement de questions en vertu de l'Accord italo-allemand du 26 février 1941. Bonn, 27 janvier 1976

Entrée en vigueur : 1er août 1977 et avec effet rétroactif à compter du 1er janvier 1975, conformément à l'article 15

Textes authentiques : allemand et italien

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Allemagne, 28 avril 1999

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Italienischen Republik
über die Regelung der mit dem deutsch-italienischen Abkommen
vom 26. Februar 1941 zusammenhängenden Fragen**

**Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Italienische Republik**

IN DEM WUNSCH, die Fragen im Zusammenhang mit dem am 26. Februar 1941 in Rom unterzeichneten Abkommen zwischen der deutschen Regierung und der italienischen Regierung „zur Regelung der Sozialversicherung der Personen, die unter das Abkommen über die wirtschaftliche Durchführung der Umsiedlung von Volksdeutschen und deutschen Reichsangehörigen aus Italien in das Deutsche Reich vom 21. Oktober 1939 fallen“ sowie andere mit dem genannten Personenkreis zusammenhängende Fragen endgültig zu regeln,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für Personen, die unter das deutsch-italienische Abkommen vom 21. Oktober 1939 über die wirtschaftliche Durchführung der Umsiedlung von Volksdeutschen und deutschen Reichsangehörigen aus Italien in das Deutsche Reich — im folgenden als Abkommen vom 21. Oktober 1939 bezeichnet — fallen sowie ihre Hinterbliebenen, ungeachtet des Wohnorts, soweit sie bei Unterzeichnung dieses Abkommens italienische Staatsangehörige sind oder, wenn sie nicht italienische Staatsangehörige sind, zwischen dem 1. September 1939 und dem Tag der Unterzeichnung dieses Abkommens im italienischen Hoheitsgebiet entweder erwerbstätig waren oder sich dort mindestens 12 Monate aufgehalten haben.

(2) Dieses Abkommen gilt auch für italienische Staatsangehörige, die in den im Abkommen vom 21. Oktober 1939 genannten Gebieten wohnten und zwischen dem 8. September 1943 und dem 31. Mai 1945 zur Dienstleistung bei den von deutschen Behörden eingerichteten Ämtern oder Stellen verpflichtet waren.

(3) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich auf die Rechtsvorschriften über

die Pflichtversicherung für die Fälle der Invalidität, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen,
die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten und
die Versorgung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Artikel 2

(1) Die Ansprüche der in Artikel 1 genannten Personen und ihrer Hinterbliebenen aus der italienischen Sozialversicherung werden, soweit für diese Ansprüche auf

Grund des am 26. Februar 1941 geschlossenen deutsch-italienischen „Abkommens zur Regelung der Sozialversicherung der Personen, die unter das Abkommen über die wirtschaftliche Durchführung der Umsiedlung von Volksdeutschen und deutschen Reichsangehörigen aus Italien in das Deutsche Reich vom 21. Oktober 1939 fallen“ — im folgenden als Abkommen vom 26. Februar 1941 bezeichnet — von italienischen Versicherungsträgern Deckungskapitalien an deutsche Träger zu überweisen waren, von den italienischen Versicherungsträgern so behandelt, als wäre das Abkommen vom 26. Februar 1941 nicht wirksam geworden. Dabei gilt folgendes:

- a) Soweit die Ansprüche durch die Zahlung von Leistungen erfüllt worden sind, hat es dabei sein Bewenden. Die Leistungen werden nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens mindestens in der bisherigen Höhe weitergezahlt.
- b) Soweit die Ansprüche nicht erfüllt wurden, übernehmen die zuständigen italienischen Versicherungsträger die Zahlung von Leistungen vom 1. Januar 1945 an nach Maßgabe der für sie geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Für in Absatz 1 bezeichnete Ansprüche, die durch die Zahlung von Leistungen durch deutsche Versicherungsträger erfüllt worden sind, gilt Absatz 1 Buchstabe a entsprechend.

(3) Die von den deutschen oder italienischen Versicherungsträgern gezahlten, die weiterhin zu zahlenden sowie die künftig zu übernehmenden Leistungen werden nicht gegenseitig erstattet. Überweisungen oder Rücküberweisungen von Deckungskapitalien finden nicht statt.

Artikel 3

Der zuständige italienische Träger berücksichtigt rückwirkend nach Maßgabe der italienischen Rechtsvorschriften Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), die vor dem 1. September 1939 eingetreten sind und über die bis zu diesem Tage wegen des Inkrafttretens des Abkommens vom 21. Oktober 1939 nicht entschieden wurde.

Artikel 4

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 3 dieses Artikels und des Artikels 5 dieses Abkommens gilt für Zeiten, während derer die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Personen in dem Zeitraum vom 1. September 1939 bis zum 31. Mai 1945 bei deutschen Dienststellen und Organisationen oder anderen Arbeitgebern im italienischen Hoheitsgebiet tätig waren oder sich dort aufhielten und infolge des Abkommens vom 21. Oktober 1939 die berufliche Tätigkeit aufgeben mußten oder interniert wurden, folgendes:

- a) Diese Zeiten werden von den italienischen Trägern und Versicherungsinstituten einschließlich der Zusatzkassen nach Maßgabe der für sie geltenden Verfahrensvorschriften für alle in Betracht kommenden rechtlichen Auswirkungen anerkannt und so berücksichtigt, als wären sie bei dem betreffenden italienischen Träger zurückgelegt worden und als wären dafür die Beiträge auf Grund des tatsächlich erzielten Entgelts — ungeachtet einer etwaigen Überschreitung der Versicherungspflichtgrenze — entrichtet worden;
- b) Für Zeiten, während derer kein Entgelt erzielt wurde, wird das Entgelt oder sonstige Einkommen aus unselbständiger Arbeit herangezogen, das in der Zeit unmittelbar nach der anzuerkennenden Zeit oder, wenn keine Angaben darüber vorhanden sind, das Entgelt oder sonstige Einkommen aus unselbständiger Arbeit, das in der unmittelbar vorangegangenen Zeit bezogen wurde. Sind auch darüber keine Angaben

vorhanden, so wird der Mittelwert der anzunehmenden Beitragsklasse herangezogen, die aus den während der anzuerkennenden Zeit geltenden Beitragstabellen zu entnehmen ist;

- c) Sind für die Anerkennung der Zeiten andere Träger als das Nationalinstitut für Sozialfürsorge zuständig, und ist es auf Grund der Anerkennung nach den für diese Träger geltenden Vorschriften nicht möglich, eine Rente zu gewähren, so werden diese Zeiten in der allgemeinen Pflichtversicherung nach Maßgabe der geltenden italienischen Rechtsvorschriften anerkannt;
- d) Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), die in dem Zeitraum vom 1. September 1939 bis zum 31. Mai 1945 eingetreten sind, werden vom italienischen Versicherungsträger nach Maßgabe der italienischen Rechtsvorschriften so berücksichtigt, als wären sie innerhalb der für die Einreichung des Entschädigungsantrags festgelegten Frist angemeldet worden.

(2) Personen nach Artikel 1 Absatz 1, die in dem Zeitraum vom 1. Juni 1945 bis zum 31. August 1950 eine berufliche Tätigkeit in öffentlichen Ämtern in den im Abkommen vom 21. Oktober 1939 genannten Gebieten ausgeübt haben, können sich nach Maßgabe des italienischen Gesetzes Nr. 633 vom 28. Juli 1950 für die erwähnte Zeit nachversichern.

(3) Die Streichung aus den Berufslisten wegen der Anwendung des Abkommens vom 21. Oktober 1939 ist im Hinblick auf die Vorsorge für den Zeitraum vom 1. September 1939 bis zum 31. Mai 1945 wirkungslos, und die Betroffenen können die entsprechende Zeit nach Maßgabe der geltenden italienischen Rechtsvorschriften nachkaufen. Dies gilt auch, wenn infolge der Anwendung des Abkommens vom 21. Oktober 1939 die Aufnahme in die Berufslisten unterblieben ist.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Zeiten, während derer die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Personen in Ansiedlungsgebiete außerhalb des deutschen Reichs gesandt wurden und dort tätig waren oder sich dort aufhielten, weil sie infolge des Abkommens vom 21. Oktober 1939 die bisherige Tätigkeit nicht mehr ausübten.

Artikel 5

(1) Zeiten, die während der Zeit vom 1. September 1939 bis 31. Mai 1945 von Personen nach Artikel 1 Absatz 1 des vorliegenden Abkommens im Dienste des Staates oder anderer öffentlicher Stellen, als Militärdienst bei den deutschen Streitkräften und als amtlose Zeiten infolge des Abkommens vom 21. Oktober 1939 zurückgelegt worden sind, werden von den zuständigen italienischen Trägern zusammen mit dem Dienst veranlagt, der für das normale Ruhegeld der Bediensteten beim italienischen Staat und bei italienischen öffentlichen Stellen gemäß den entsprechenden Pensionsvorschriften bewertet wird. Für den oben erwähnten Personenkreis wird die Dienstzeit, die mitveranlagt wird, zur Errechnung des normalen Ruhegeldes für die ersten zwei Jahre um die Hälfte und für die darauffolgenden Jahre um ein Drittel erhöht. Die Zeit, die sechs Monate überschreitet, wird als ein Jahr angesehen. Eine Zeit von sechs Monaten oder weniger wird außer acht gelassen.

(2) Zum Zweck des begünstigten Ruhegeldes wird für den Personenkreis nach Absatz 1 jeglicher Dienstunfall (einschließlich Berufskrankheiten) während der oben genannten Zeitspanne berücksichtigt.

(3) Zum Zweck der Anwendung des vorliegenden Abkommens wird den Personen gemäß Absatz 1 und 2 dieses Artikels auch die Zeit der Gefangenschaft nach dem 31. Mai 1945 in gleicher Weise wie der Militärdienst oder der Dienst in Verbindung mit dem Kriege angerechnet.

(4) Die Bediensteten des Staates und anderer öffentlicher Stellen, die ihren Dienst infolge des Abkommens vom 21. Oktober 1939 abbrechen mußten und infolge des Gesetzes Nr. 23 vom 2. Februar 1948 wieder in den Dienst übernommen wurden, können die Anrechnung für die Zeit vom 31. Mai 1945 bis zum Datum der Wiedereinstellung vornehmen. Zur Anrechnung der obengenannten Zeitspanne muß der Antragsteller für die anzurechnende Zeit eine Beitragszahlung von 18 vom Hundert des Gehalts, welches er zum Zeitpunkt der Antragstellung erhalten hat, entrichten. Wenn der Antrag nach Beendigung des Dienstes gestellt wird, richtet sich der Beitrag nach dem letzten Gehalt.

Artikel 6

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Italienischen Republik jährlich die während eines Kalenderjahres gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens aufgewendeten Beträge, die sich aus Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten) ergeben, die nach den italienischen Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung dieses Abkommens als solche anerkannt sind, und die sich aus Zeiten ergeben, die nach den genannten Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung dieses Abkommens für den Rentenanspruch berücksichtigt werden, sofern die Anerkennung für die Begründung des Leistungsanspruchs entscheidend ist oder eine Erhöhung des Rentenzahlungsbetrages bewirkt. Sind diese Zeiten erforderlich, um den Anspruch auf eine Rente aus der italienischen Rentenversicherung zu begründen, so ist die Rente einschließlich der Zuschläge und anderer Zulagen zu dem Teil zu erstatten, der den anerkannten Zeiten entspricht. Eine Erstattung nach den Sätzen 1 und 2 kommt nur in Betracht, soweit die Leistung durch die Bescheinigung nach Artikel 10 Absatz 1 dieses Abkommens gedeckt ist. Die Bestimmungen dieses Absatzes gelten entsprechend für die Aufwendungen nach Artikel 5 Absätze 1 bis 3 dieses Abkommens.

(2) Spätestens innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens vereinbaren die Vertragsparteien die abschließende Erstattung der in Absatz 1 genannten Beträge durch die Zahlung eines einmaligen Pauschbetrages. Dabei kann die Zahlung des Pauschbetrages in Raten innerhalb eines bestimmten Zeitraumes festgelegt werden.

(3) Das Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge und das Präsidium des Ministerrates (interministerieller Ausschuß nach Artikel 10 Absatz 4 dieses Abkommens) veranlassen auf Verlangen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung die Übersendung derjenigen Unterlagen, die für die Überprüfung der nach Absatz 1 zu erstattenden Beträge notwendig sind.

Artikel 7

(1) Personen nach Artikel 1 dieses Abkommens, die infolge des Abkommens vom 21. Oktober 1939 mangels Vorliegens der Voraussetzungen für die Zeit vom 1. Juni 1945 bis zum 31. Dezember 1948 freiwillige Beiträge zur allgemeinen italienischen Pflichtversicherung nicht entrichten konnten, können auf Antrag diese Beiträge in Höhe der niedrigsten Klasse der Beiträge nachentrichten, die bei Antragstellung gültig sind.

(2) Absatz 1 gilt auch für Hinterbliebene der dort genannten Personen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens verstorben sind.

Artikel 8

(1) Die Artikel 2 bis 6 dieses Abkommens finden keine Anwendung, wenn den Personen nach Artikel 1 dieses Abkommens oder ihren Hinterbliebenen auf Grund der in Artikel 2 dieses Abkommens bezeichneten Ansprüche

oder der in den Artikeln 3 bis 5 dieses Abkommens bezeichneten Zeiten und Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) von den deutschen Versicherungsträgern nach den deutschen Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung der für die Bundesrepublik Deutschland wirksamen zwischenstaatlichen Verträge über Soziale Sicherheit und der Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften über Soziale Sicherheit oder von anderen deutschen öffentlich-rechtlichen Stellen im Rahmen beamtenrechtlicher Versorgungsansprüche Leistungen gewährt werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Personen, denen nach den Vorschriften eines dritten Staates auf Grund der in Artikel 2 dieses Abkommens bezeichneten Ansprüche oder der in den Artikeln 3 bis 5 dieses Abkommens bezeichneten Zeiten und Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) Leistungen gewährt werden.

Artikel 9

Soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Ansprüche der in Artikel 1 dieses Abkommens genannten Personen und ihrer Hinterbliebenen bei Durchführung dieses Abkommens die italienischen Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung der für die Italienische Republik wirksamen zwischenstaatlichen Verträge über Soziale Sicherheit und der Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften über Soziale Sicherheit.

Artikel 10

(1) Zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens unterrichtet der Beratungsausschuß für Umsiedlungsgeschädigte in Bozen die von diesem Abkommen betroffenen Personen über ihre Rechte und berät sie bei der Stellung von Anträgen auf Gewährung der Vorteile nach diesem Abkommen. Der Ausschuß ermittelt ferner auf schriftlichen und förmlichen Antrag die Tatbestände zur Prüfung der Ansprüche auf Grund der Vorschriften über die Sozialversicherung sowie über das Ruhegeld für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes und ihnen Gleichgestellte. Eine Tatsache gilt als glaubhaft gemacht, wenn ihr Vorliegen auf Grund entsprechender Ermittlungen, die sich nach Maßgabe der deutschen Vorschriften auf alle erreichbaren Beweismittel erstrecken, anzunehmen ist. Der Ausschuß stellt in Zusammenarbeit und im Einverständnis mit dem Antragsteller eine Bescheinigung über das Ergebnis der Ermittlungen aus.

(2) Die Bescheinigung, die von der in Betracht kommenden deutschen Behörde beglaubigt wird und vom Antragsteller der zuständigen italienischen Stelle vorzulegen ist, hat volle Beweiskraft für deren Entscheidung.

(3) Die zuständige italienische Stelle erteilt unverzüglich nach Eingang der Bescheinigung dem Antragsteller einen Bescheid über die bei Eintritt des Versicherungsfalles auf Grund dieses Abkommens zu berücksichtigenden Zeiten sowie über die in Artikel 7 vorgesehene Möglichkeit der Entrichtung freiwilliger Beiträge zur allgemeinen italienischen Pflichtversicherung. Ist der Versicherungsfall bereits vor Eingang der Bescheinigung eingetreten, so wird von der zuständigen italienischen Stelle unverzüglich dem Antragsteller ein Bescheid über die unter Berücksichtigung dieses Abkommens nach den italienischen Rechtsvorschriften zu gewährenden Leistungen erteilt und deren Zahlung aufgenommen.

(4) Die Anträge der Angehörigen des öffentlichen Dienstes mit den beigelegten Unterlagen werden unter Berücksichtigung der Absätze 1 und 2 von einer besonderen beim Präsidium des Ministerrates einzusetzenden interministeriellen Kommission geprüft; diese erteilt unverzüglich den Bescheid nach Absatz 3 über die zu berücksichtigenden Zeiten und Dienste und unterrichtet hiervon die zuständigen Behörden zum Zwecke der Zahlung der Leistungen.

(5) Die bei Durchführung des Verfahrens nach den Absätzen 1 bis 4 auftretenden Zweifelsfragen werden auf Vorschlag einer der beteiligten Seiten vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und den zuständigen italienischen Ministerien geklärt.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann jede Vertragspartei den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist er verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den Vertragsparteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns und die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 12

(1) Dieses Abkommen begründet, soweit es nichts anderes bestimmt, keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor dem 1. Januar 1975.

(2) Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(3) Soweit durch dieses Abkommen Ansprüche begründet werden, beginnen Antrags-, Ausschluß- und Verjährungsfristen, die vor Inkrafttreten dieses Abkommens abgelaufen sind, mit dessen Inkrafttreten mit Wirkung vom 1. Januar 1975 für zwei Jahre erneut.

(4) Leistungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können unter dessen Berücksichtigung auch von Amts wegen neu festgestellt werden. Ergäbe die Neufeststellung auf Antrag oder von Amts

wegen keine oder eine niedrigere Leistung als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist der bisherige Zahlbetrag weiter zu gewähren.

Artikel 13

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Italienischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Rom ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn, am 27. Januar 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Per la Repubblica Federale di Germania
Gehlhoff

Für die Italienische Republik
Per la Repubblica Italiana
Mario Luciolli

[ITALIAN TEXT — TEXTE ITALIEN]

**Accordo
tra la Repubblica Federale di Germania
e la Repubblica Italiana
per la regolamentazione dei problemi inerenti all'Accordo italo-tedesco
del 26 febbraio 1941**

La Repubblica Federale di Germania

e

la Repubblica Italiana

ANIMATE dal desiderio di regolare definitivamente i problemi inerenti all'Accordo, stipulato tra il Governo tedesco e il Governo italiano, firmato il 26 febbraio 1941 a Roma «per la regolamentazione dell'assicurazione sociale, nei confronti delle persone di cui all'Accordo del 21 ottobre 1939 relativo all'attuazione, agli effetti economici, del trasferimento di allogeni e di cittadini germanici dall'Italia in Germania» ed altri problemi connessi alla categoria delle persone citate,

hanno concordato le disposizioni seguenti:

Articolo 1

1) Laddove il presente Accordo non disponga diversamente, esso si applica alle persone considerate dall'Accordo italo-tedesco del 21 ottobre 1939 relativo all'attuazione, agli effetti economici, del trasferimento di allogeni e di cittadini germanici dall'Italia in Germania (in seguito denominato Accordo del 21 ottobre 1939), nonché ai loro superstiti, ovunque esse risiedano, sempre che alla data della firma del presente Accordo, siano cittadini italiani oppure, se cittadini stranieri, abbiano esplicitato nel periodo intercorrente fra il 1 settembre 1939 e la data della firma del presente Accordo un'attività lavorativa in Italia oppure vi abbiano dimorato per almeno dodici mesi.

2) Il presente Accordo si applica anche ai cittadini italiani che sono stati residenti nei territori citati nell'Accordo del 21 ottobre 1939 e che sono stati obbligati a prestare servizio presso Enti od Organismi organizzati dalle Autorità tedesche durante il periodo dall'8 settembre 1943 al 31 maggio 1945.

3) Laddove il presente Accordo non disponga diversamente, esso si applica alle legislazioni concernenti:

- l'assicurazione obbligatoria per l'invalidità, la vecchiaia ed i superstiti;
- l'assicurazione contro gli infortuni sul lavoro e le malattie professionali;
- il trattamento di quiescenza dei dipendenti pubblici.

Articolo 2

1) Per quanto riguarda i diritti delle persone di cui all'articolo 1 e dei loro superstiti nei confronti delle assicurazioni sociali italiane, l'Accordo italo-tedesco del 26 feb-

braio 1941 per la regolamentazione dell'assicurazione sociale, nei confronti delle persone di cui all'Accordo del 21 ottobre 1939 relativo all'attuazione, agli effetti economici, del trasferimento di allogeni e di cittadini germanici dall'Italia in Germania (in seguito denominato Accordo del 26 febbraio 1941), si considera da parte degli Enti assicuratori italiani non intervenuto nella misura in cui, per tali diritti a prestazioni, i capitali di copertura avrebbero dovuto essere trasferiti in base all'Accordo del 26 febbraio 1941 dagli Enti assicuratori italiani a quelli tedeschi. A tale proposito vale quanto segue:

- a) I diritti già soddisfatti mediante corresponsione di prestazioni continueranno ad essere riconosciuti. L'importo delle prestazioni stesse non potrà essere inferiore all'ammontare delle prestazioni corrisposte alla data di entrata in vigore del presente Accordo.
 - b) Nel caso in cui i diritti non siano stati ancora soddisfatti, gli Enti assicuratori italiani competenti, a partire dal 1° gennaio 1975, si assumeranno il pagamento delle relative prestazioni, in base alle norme legislative per essi vigenti.
- 2) Per i diritti di cui al paragrafo 1, che siano stati soddisfatti dagli Enti assicuratori tedeschi mediante il pagamento di prestazioni si applica analogamente il paragrafo 1 lettera a).
- 3) Le prestazioni già corrisposte, quelle in corso di erogazione e quelle pagabili in futuro dagli Enti assicuratori tedeschi o italiani non daranno luogo a rimborso reciprocamente. Non verranno effettuati trasferimenti e ritrasferimenti di capitali di copertura.

Articolo 3

Il competente Ente italiano prenderà in considerazione, con effetto retroattivo e in base alla legislazione italiana, i casi di infortunio sul lavoro e malattie professionali, verificatisi anteriormente al 1° settembre 1939 che non siano stati definiti a tale data per effetto dell'entrata in vigore dell'Accordo del 21 ottobre 1939.

Articolo 4

1) Salvo quanto previsto dal paragrafo 3 del presente articolo e dall'articolo 5 del presente Accordo, per i periodi compresi tra il 1° settembre 1939 ed il 31 maggio 1945, durante i quali le persone di cui all'articolo 1 paragrafo 1 furono occupate presso Uffici e Organizzazioni tedeschi o presso altri datori di lavoro in territorio italiano, o che comunque in tale periodo colà abbiano dimorato, e che, per effetto dell'Accordo del 21 ottobre 1939 dovettero cessare l'attività lavorativa, ovvero furono internati, si conviene quanto segue:

- a) Tali periodi verranno riconosciuti e presi in considerazione a tutti gli effetti di legge dagli Enti ed Istituti assicuratori italiani comprese le casse integrative, secondo le norme di procedura per essi vigenti, come periodi di iscrizione alla assicurazione italiana e come se si trattasse di periodi per i quali siano stati versati i contributi sulla base delle effettive retribuzioni, indipendentemente dall'eventuale superamento del massimale di retribuzione;
- b) per i periodi durante i quali non furono percepite retribuzioni si farà riferimento alla retribuzione e agli altri redditi di lavoro dipendente realizzati nel periodo immediatamente successivo a quello da riconoscere, ovvero, in mancanza di tali indicazioni, alla retribuzione o ad altri redditi da lavoro dipendente realizzati nel periodo immediatamente precedente. In mancanza, si farà riferimento alla classe media di

contribuzione da desumersi dalle tabelle contributive vigenti nel periodo da riconoscere;

- c) qualora ai fini del riconoscimento dei periodi suddetti siano competenti Enti diversi dall'Istituto Nazionale della Previdenza Sociale e con il predetto riconoscimento non sia possibile, in base agli ordinamenti degli Enti medesimi, corrispondere una pensione, i periodi di che trattasi saranno riconosciuti nell'assicurazione generale obbligatoria con le modalità previste dalla vigente legislazione italiana;
- d) i casi di infortunio sul lavoro e di malattia professionale intervenuti nel periodo I settembre 1939 — 31 maggio 1945, saranno considerati dall'Istituto assicuratore italiano, sulla base della legislazione italiana, come se fossero stati denunciati entro il termine stabilito per la presentazione della domanda di indennizzo.

2) Le persone di cui all'articolo 1 paragrafo 1 che, nel periodo dal 1 giugno 1945 al 31 agosto 1950, abbiano svolto attività lavorativa nei territori contemplati dall'Accordo del 21 ottobre 1939 presso Uffici pubblici possono provvedere alla copertura assicurativa del periodo predetto secondo le modalità previste dalla Legge italiana del 28 luglio 1950 n.633.

3) La cancellazione dagli albi professionali a seguito dell'applicazione dell'Accordo del 21 ottobre 1939, è priva di effetti, ai fini previdenziali, per il periodo I settembre 1939 — 31 maggio 1945, e gli interessati possono procedere al riscatto del relativo periodo con le modalità previste dalla vigente legislazione italiana. Quanto sopra vale anche per coloro che, a causa dell'Accordo del 21 ottobre 1939, non si siano potuti iscrivere agli albi professionali.

4) Il paragrafo 1 vale analogamente per i periodi durante i quali le persone di cui all'articolo 1 paragrafo 1 siano state mandate in missione nei territori di immigrazione al di fuori del «Reich germanico» ed ivi abbiano lavorato o soggiornato, in quanto per effetto dell'Accordo del 21 ottobre 1939 non hanno più svolto la loro abituale attività.

Articolo 5

1) I periodi dal 1 settembre 1939 al 31 maggio 1945, durante i quali le persone di cui all'articolo 1 paragrafo 1 del presente Accordo, hanno prestato servizio in qualità di dipendenti dello Stato o di altri Enti pubblici o nelle forze armate tedesche, nonché i periodi di allontanamento dal servizio avvenuti per effetto dell'Accordo 21 ottobre 1939, vengono ricongiunti dai competenti Enti italiani al servizio valutato per il trattamento di quiescenza normale dei dipendenti dello Stato italiano e degli Enti pubblici italiani in base ai relativi ordinamenti pensionistici. Nei confronti dei predetti soggetti il servizio che viene ricongiunto è aumentato, ai fini della misura del trattamento di quiescenza normale, della metà per i primi due anni e di un terzo per il tempo successivo. La frazione superiore ai sei mesi si computa come anno intero. La frazione uguale o inferiore a sei mesi si trascura.

2) Ai fini del trattamento di quiescenza privilegiato vengono considerati, nei confronti dei soggetti indicati nel paragrafo precedente, gli eventi di servizio avvenuti durante il periodo sopra indicato.

3) Ai fini dell'applicazione del presente Accordo, anche il periodo di prigionia successivo al 31 maggio 1945 trascorso dalle persone di cui al primo e secondo paragrafo del presente articolo è equiparato a servizio militare e servizio attinente alla guerra.

4) I dipendenti dello Stato e di Enti pubblici cessati dal servizio per effetto dell'Accordo del 21 ottobre 1939 e che sono stati riassunti in servizio a seguito della Legge 2 febbraio 1948 n.23, possono procedere al riscatto del periodo intercorso fra il 31 maggio 1945 e la successiva data di riassunzione. Per il riscatto del periodo precedentemente indicato, il richiedente è tenuto al pagamento di un contributo pari al 18 % della retribuzione spettante alla data di presentazione della domanda, in relazione al periodo riscattato. Se la domanda è presentata dopo la cessazione del servizio, il contributo è calcolato sull'ultima retribuzione.

Articolo 6

1) La Repubblica Federale di Germania rimborserà annualmente alla Repubblica Italiana le spese sostenute durante ogni anno civile per effetto dell'applicazione dell'articolo 4 paragrafo 1, semprechè si tratti di infortuni sul lavoro e di malattie professionali riconosciuti come tali in base alla legislazione italiana e tenendo conto del presente Accordo e di periodi considerati utili dalla anzidetta legislazione, sempre tenendo conto del presente Accordo per il diritto a pensione, ed a condizione che il riconoscimento di detti periodi sia determinante per l'acquisizione del diritto stesso, ovvero concorra ad aumentare l'importo della prestazione. Qualora tali periodi siano necessari per l'acquisizione del diritto ad una prestazione italiana dovrà essere rimborsata la quota parte di pensione, ivi comprese le maggiorazioni e le altre indennità, che corrisponde ai periodi riconosciuti. Il rimborso in base alle frasi 1 e 2 del presente paragrafo verrà effettuato solo nella misura in cui la prestazione sia conforme al certificato di cui all'articolo 10 paragrafo 1 del presente Accordo. Le disposizioni del presente paragrafo sono applicabili, per analogia, alle spese sostenute in base all'articolo 5 paragrafi 1, 2 e 3 del presente Accordo.

2) Il saldo finale delle somme di cui al paragrafo 1 verrà determinato in misura forfettaria di comune accordo fra le due parti, al più tardi entro 5 anni dalla data di entrata in vigore del presente Accordo. In tale occasione si potrà convenire il pagamento rateale dell'importo forfettario, da effettuarsi entro un determinato periodo.

3) Su richiesta del Ministro Federale per il Lavoro e per l'Ordinamento Sociale, il Ministro italiano del Lavoro e della Previdenza Sociale e la Presidenza del Consiglio dei Ministri (Commissione interministeriale ai sensi dell'articolo 10 paragrafo 4 del presente Accordo) disporranno l'invio della documentazione necessaria per il controllo delle somme da rimborsare in base al paragrafo 1.

Articolo 7

1) Le persone di cui all'articolo 1 del presente Accordo che, private dei requisiti per effetto dell'Accordo del 21 ottobre 1939, non poterono effettuare, per il periodo dal 1 giugno 1945 al 31 dicembre 1948, il versamento di contributi volontari nell'assicurazione generale obbligatoria italiana, possono ottenere, a domanda, di versare i predeitti contributi nella misura della prima classe di contribuzione vigente al momento della domanda.

2) Il paragrafo 1 è altresì applicabile ai superstiti delle persone ivi contemplate, decedute prima dell'entrata in vigore del presente Accordo.

Articolo 8

1) Gli articoli da 2 a 6 non troveranno applicazione nella misura in cui alle persone considerate all'articolo 1 del presente Accordo o ai loro superstiti siano concesse prestazioni, sulla base dei diritti di cui all'articolo 2 o

sulla base dei periodi o infortuni sul lavoro e malattie professionali di cui agli articoli da 3 a 5, dagli Enti assicuratori tedeschi in base alla legislazione vigente in Germania e tenuto conto delle Convenzioni internazionali in materia di sicurezza sociale vincolanti per la Repubblica Federale di Germania e dei Regolamenti delle Comunità Europee sulla sicurezza sociale, oppure concesse da altri Enti tedeschi di diritto pubblico nel quadro dei trattamenti di quiescenza dei dipendenti pubblici.

2) Il paragrafo primo è applicabile per analogia alle persone alle quali, secondo le norme di uno Stato terzo, vengano erogate prestazioni in base ai diritti di cui all'articolo 2 o in base ai periodi od infortuni sul lavoro (malattie professionali) di cui agli articoli da 3 a 5.

Articolo 9

Ai fini dell'applicazione del presente Accordo, ove lo stesso non disponga diversamente, è valida per quanto riguarda i diritti delle persone di cui all'articolo 1 e dei loro superstiti, la legislazione italiana, tenuto conto delle Convenzioni internazionali in materia di sicurezza sociale vincolanti per la Repubblica Italiana nonché i Regolamenti delle Comunità Europee sulla sicurezza sociale.

Articolo 10

1) Al fine di facilitare l'applicazione del presente Accordo, il Comitato Consultivo per i danneggiati dalle opzioni, con sede in Bolzano, informerà le persone considerate dall'Accordo stesso circa i loro diritti e presterà loro assistenza per la presentazione delle domande intese ad ottenere i benefici con esso previsti. Il predetto Comitato inoltre svolgerà, a domanda scritta e formale, gli accertamenti relativi alle circostanze di fatto ai fini della valutazione dei diritti in base alle norme concernenti le assicurazioni sociali o i trattamenti di quiescenza per i dipendenti pubblici e assimilati. Un fatto è da ritenersi attendibile quando, in base ai risultati dei relativi accertamenti che debbono estendersi a tutti i possibili mezzi probatori previsti dalle norme tedesche, si possa desumere che esso sia effettivamente avvenuto. Il Comitato, in contraddittorio con il richiedente, rilascerà un certificato sull'esito dei predetti accertamenti.

2) Il certificato, convalidato dalle competenti Autorità tedesche, dovrà essere presentato dal richiedente al competente Organo italiano e farà piena prova ai fini della decisione di quest'ultimo.

3) Il competente Organo italiano, dopo la ricezione del certificato, comunicherà senza indugio al richiedente la decisione circa i periodi da prendere in considerazione, sulla base del presente Accordo, al momento del verificarsi dell'evento assicurativo e circa la possibilità del versamento di contributi volontari nell'assicurazione generale obbligatoria italiana previsto dall'articolo 7. Qualora l'evento assicurativo si sia verificato prima della ricezione del certificato, il competente Organo italiano comunicherà senza indugio al richiedente la decisione circa le prestazioni da concedere, in applicazione del presente Accordo, secondo la legislazione italiana, e procederà alla erogazione delle prestazioni stesse.

4) Per i dipendenti pubblici l'esame della domanda e della documentazione allegata sarà effettuata, tenuto conto di quanto disposto dai paragrafi 1 e 2, da una apposita Commissione interministeriale da istituirsi presso la Presidenza del Consiglio dei Ministri, che comunicherà senza indugio la decisione di cui al paragrafo precedente circa i periodi e i servizi da prendere in considerazione e provvederà a darne comunicazione alle competenti Amministrazioni per la erogazione delle prestazioni stesse.

5) Gli eventuali problemi inerenti all'attuazione delle procedure di cui ai paragrafi da 1 a 4 verranno risolti, su richiesta di una delle parti interessate, di comune accordo tra il Ministro Federale del Lavoro e dell'Ordinamento Sociale e i competenti Ministeri italiani.

Articolo 11

1) Gli eventuali contrasti relativi all'interpretazione ed all'applicazione del presente Accordo dovranno essere risolti possibilmente dai competenti Uffici delle parti contraenti.

2) Qualora non fosse possibile risolvere in tal modo i contrasti, il relativo problema verrà sottoposto, dietro richiesta di una delle parti contraenti, al giudizio di un Tribunale Arbitrale.

3) Il Tribunale Arbitrale verrà costituito di caso in caso ed, allo scopo, ciascuna delle parti contraenti dovrà nominare un membro del medesimo; in seguito i due membri prescelti dovranno designare, di comune accordo, un Presidente che sia cittadino di un terzo Stato, il quale verrà ufficialmente nominato dai Governi di entrambe le parti contraenti. I membri del Tribunale Arbitrale verranno nominati entro due mesi ed il Presidente verrà nominato entro tre mesi dalla data in cui una delle parti contraenti avrà comunicato all'altra la propria intenzione di sottoporre il problema al giudizio di un Tribunale Arbitrale.

4) In caso di non osservanza dei termini previsti dal paragrafo 3, ciascuna delle parti contraenti potrà richiedere al Presidente della Corte Europea per i diritti dell'uomo di procedere alle necessarie nomine. Qualora il Presidente della Corte Europea per i diritti dell'uomo fosse cittadino di una delle parti contraenti, oppure fosse impedito, procederà alle nomine il Vicepresidente. Qualora anche il Vicepresidente fosse cittadino di una delle parti contraenti o fosse anche egli impedito, dovrà procedere alle nomine il primo membro della Corte, in ordine gerarchico, che non sia cittadino di una delle parti contraenti.

5) Il Tribunale Arbitrale deciderà, con maggioranza di voti, in base alle Convenzioni stipulate tra le parti contraenti ed in base al diritto internazionale generale. Le sue decisioni avranno valore vincolante. Ciascuna delle parti contraenti si dovrà assumere l'onere delle spese per il proprio membro e per il rappresentante nel procedimento dinanzi al Tribunale Arbitrale; l'onere delle spese per il Presidente del Tribunale Arbitrale e delle altre spese verrà assunto in parti uguali da entrambe le parti contraenti. Il Tribunale Arbitrale avrà facoltà di emettere una diversa pronuncia in ordine alle spese. Quanto al resto, il Tribunale Arbitrale provvederà a stabilire le proprie norme di procedura.

Articolo 12

1) Il presente Accordo, qualora non stabilisca diversamente, non costituisce alcun diritto alla corresponsione di prestazioni per periodi anteriori al 1° gennaio 1975.

2) L'efficacia di precedenti decisioni non si oppone all'applicazione del presente Accordo.

3) Per quanto riguarda i diritti costituiti in base al presente Accordo, i termini utili per la presentazione di domande, i termini di esclusione ed i termini di prescrizione, scaduti prima dell'entrata in vigore del presente Accordo, decorreranno nuovamente dall'entrata in vigore dell'Accordo stesso per la durata di due anni, con effetto dal 1° gennaio 1975.

4) Le prestazioni determinate prima dell'entrata in vigore del presente Accordo potranno essere nuovamente definite, anche d'ufficio, in considerazione dell'Accordo stesso. Nei casi in cui da una nuova definizione, effet-

tuata dietro relativa domanda oppure d'ufficio, dovessero risultare mancanti i presupposti per la concessione di prestazioni, oppure dovessero risultare diritti a prestazioni inferiori rispetto a quelle concesse prima dell'entrata in vigore del presente Accordo, si dovranno mantenere invariate le prestazioni fino ad allora concesse.

Articolo 13

Il presente Accordo sarà valido anche per il Land Berlino, salvo che il Governo della Repubblica Federale di Germania non rilasci, entro tre mesi dall'entrata in vigore dell'Accordo stesso, una diversa dichiarazione nei confronti del Governo della Repubblica Italiana.

Articolo 14

Il presente Accordo viene concluso a tempo indeterminato. Ciascuna delle parti potrà denunciarlo e tale denuncia deve essere notificata all'altro Stato tre mesi prima della scadenza di ogni anno civile e prenderà effetto a partire dal 1 gennaio dell'anno successivo.

Articolo 15

1) Il presente Accordo sarà sottoposto a ratifica. I relativi strumenti saranno scambiati al più presto possibile a Roma.

2) L'Accordo entra in vigore il primo giorno del secondo mese successivo a quello dello scambio delle ratifiche, con effetto dal primo gennaio dell'anno 1975.

IN FEDE DI CHE i Plenipotenziari rispettivi hanno firmato il presente Accordo e lo hanno munito dei loro sigilli.

FATTO a Bonn il 27 gennaio 1976 in due originali, redatti ciascuno in lingua tedesca e in lingua italiana; i due testi fanno ugualmente fede.

**Für die Bundesrepublik Deutschland
Per la Repubblica Federale di Germania
Gehlhoff**

**Für die Italienische Republik
Per la Repubblica Italiana
Mario Lucielli**

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND
THE ITALIAN REPUBLIC ON THE SETTLEMENT OF ISSUES
RELATING TO THE GERMAN-ITALIAN AGREEMENT OF 26
FEBRUARY 1941

The Federal Republic of Germany and the Italian Republic,

Desirous of achieving a settlement definitive of the issues relating to the Agreement, done at Rome on 26 February 1941 between the German Government and the Italian Government, to regulate social insurance for persons falling within the scope of the Agreement of 21 October 1939 on the economic implementation of the resettlement of ethnic Germans and German nationals from Italy to the German Reich, and other issues relating to the aforementioned persons,

Have agreed as follows:

Article 1

(1) Unless otherwise provided for herein, this Agreement shall apply to persons falling within the scope of the Agreement on the economic implementation of the resettlement of ethnic Germans and German nationals from Italy to the German Reich -- hereinafter referred to as "the Agreement of 21 October 1939" -- and their surviving dependants, irrespective of their place of residence, if they are Italian nationals at the time this Agreement is signed or, if they are not Italian nationals, were either gainfully employed in Italian sovereign territory between 1 September 1939 and the date of signature of this Agreement or resided there for at least 12 months.

(2) This Agreement shall apply also to Italian nationals who were resident in the areas listed in the Agreement of 21 October 1939 and were required to serve in the offices and agencies established by the German authorities between 8 September 1943 and 31 May 1945.

(3) Unless otherwise provided for in this Agreement, it refers to the legislation on:

- Compulsory insurance for invalidity, old age and for surviving dependants;
- Insurance against industrial accidents and occupational diseases;
- Provision for persons in public service.

Article 2

(1) Claims on Italian social insurance by the persons referred to in article 1 above and their survivors shall, if covering funds for them were to be transferred by Italian insurance authorities to German insurance authorities under the German-Italian Agreement of 26 February 1941 to regulate social insurance for persons falling within the scope of the Agreement of 21 October 1939 on the economic implementation of the resettlement of ethnic Germans and German nationals from Italy to the German Reich -- hereinafter referred

to as "the Agreement of 26 February 1941" -- be treated by the Italian insurance authorities as if the Agreement of 26 February 1941 had not taken effect. In that connection, the following shall apply:

(a) If the claims have been met through the payment of benefits, the matter shall rest there. Payments shall continue to be paid after the entry into force of the present Agreement in at least their previous amount;

(b) If the claims were not met, the competent Italian insurance authorities shall take over payment of benefits from 1 January 1975 in the amounts set by the applicable legislation.

(2) In respect of claims referred to in paragraph (1) above which are being met through payment of benefits by German insurance authorities, paragraph (1), subparagraph (a), shall apply *mutatis mutandis*.

(3) Benefits paid, yet to be paid or to be taken over in future by German or Italian insurance authorities shall not be mutually reimbursed. There shall be no transfers or reverse transfers of covering funds.

Article 3

The competent Italian authority shall take into consideration, with retroactive effect, cases of industrial accidents (occupational diseases) which occurred before 1 September 1939 and were not determined by reason of the entry into force of the Agreement of 21 October 1939.

Article 4

(1) Subject to paragraph (3) of this article and article 5 of this Agreement, for periods between 1 September 1939 and 31 May 1945 during which persons identified in article 1, paragraph (1), above were employed by German offices and organizations or by other employers in Italian territory, or were resident there and as a result of the Agreement of 21 October 1939 were obliged to give up their professional activities or were interned, the following shall apply:

(a) Such periods shall be recognized and taken into account for all purposes of the law by Italian insurance authorities and agencies, including the supplementary schemes, in accordance with the applicable procedural regulations, as if they had been completed with the Italian authorities and as if contributions had been paid for them on the basis of actual earnings, regardless of whether this may result in possible over-payments;

(b) In respect of periods during which no income was received, the basis used shall be remuneration or other income from paid employment in the period immediately following such periods or, where such information is not available, remuneration or other income from paid employment in the period immediately prior to them. Where information regarding that period is also not available, the average for the scale of contributions in force for the period shall be used;

(c) If authorities other than the National Institute for Social Security (Istituto Nazionale della Previdenza Sociale) are responsible for recognition of the aforementioned periods and

on the basis of such recognition it is not possible for them under their own rules to award a pension, the periods in question shall be recognized under general compulsory insurance in accordance with the Italian legislation in force;

(d) Cases of industrial accidents (occupational diseases) which occurred between 1 September 1939 and 31 May 1945 shall be taken into account by the Italian insurance authorities in accordance with Italian legislation as if they had been reported within the time limits established for lodging claims.

(2) Persons referred to in article 1, paragraph (1), who within the period 1 June 1945 to 31 August 1950 carried out their professional activities in public services in the areas covered by the Agreement of 21 October 1939 may obtain insurance cover under Italian Law No. 633 of 28 July 1950.

(3) Cancellations from professional registers between 1 September 1939 and 31 May 1945 resulting from the implementation of the Agreement of 21 October 1939 shall be without effect for pensions purposes, and those affected may redeem such time under the applicable Italian legislation. This shall apply also to new entries in professional registers which could not be made as a result of the Agreement.

(4) Paragraph (1) above shall apply *mutatis mutandis* to periods during which persons referred to in article 1, paragraph (1), were sent to areas of settlement outside the German Reich and were employed or resident there, since they were no longer engaged in their former occupations as a result of the Agreement of 21 October 1939.

Article 5

(1) Periods completed between 1 September 1939 and 31 May 1945 by persons referred to in article 1, paragraph (1), of this Agreement as employees of the State or other public agencies or in the German armed forces, or as periods of non-employment consequent upon the Agreement of 21 October 1939, shall be added by the competent Italian insurance authorities to the service assessed for normal retirement pensions for employees of the Italian State and Italian public agencies under the relevant pensions regulations. For the aforementioned persons, the length of service which is added shall be increased, for the purposes of assessing normal retirement pension, by one half for the first two years and one third for following years. Periods exceeding six months shall be counted as whole years. Periods of six months or less shall be disregarded.

(2) For purposes of the preferential retirement pension for persons referred to in paragraph (1), in-service accidents (including occupational diseases) during the periods referred to above shall be taken into consideration.

(3) For the purposes of the application of this Agreement, under paragraphs (1) and (2) of this article any period of imprisonment after 31 May 1945 shall be assessed in the same way as military service or war-related service.

(4) Employees of the State and of public agencies who were obliged to discontinue service as a result of the Agreement of 21 October 1939 and were reappointed under Law No. 23 of 2 February 1948 may apply to redeem the period from 31 May 1945 until their subsequent reinstatement. To redeem this period, the applicant must contribute an amount equivalent to 18 per cent of his or her remuneration at the time of submission of the appli-

cation. If the application is submitted after the end of service, the contribution shall be calculated on the basis of final salary.

Article 6

(1) The Federal Republic of Germany shall reimburse the Italian Republic annually for its costs over the calendar year pursuant to article 4, paragraph (1), of this Agreement resulting from industrial accidents (occupational diseases) recognized as such, taking account of this Agreement, under Italian legislation and dating from periods to be taken into account for pensions purposes under that legislation, insofar as recognition serves as the basis for the entitlement or gives rise to an increase in the benefits paid. If those periods are required in order to confer a pension entitlement under Italian pension insurance, the portion of the Italian benefits, including any supplements and other allowances, corresponding to the periods in question shall be reimbursed. Reimbursement under paragraphs (1) and (2) of this article shall be made only if the payment is covered by a certificate issued pursuant to article 10, paragraph (1), of this Agreement. The provisions of this paragraph shall apply *mutatis mutandis* to outlays under article 5, paragraphs (1) to (3), of this Agreement.

(2) Within five years of the entry into force of this Agreement, at the latest, the Contracting Parties shall agree on the final reimbursement of the amounts referred to in paragraph (1) above by payment of a lump sum. Payment of the lump sum by instalments within a given period may be stipulated.

(3) At the request of the German Federal Minister of Labour and Social Affairs, the Italian Ministry of Labour and Social Security and the Office of the President of the Council of Ministers (the Interministerial Commission established pursuant to article 10, paragraph 4, of this Agreement) shall arrange for transmission of the documentation required to verify the amounts to be reimbursed under paragraph (1) above.

Article 7

(1) Persons referred to in article 1 of this Agreement who as a result of the Agreement of 21 October 1939 were unable between 1 June 1945 and 31 December 1948 to make voluntary contributions to Italian general compulsory insurance may on request make such contributions at the lowest level of contribution in force at the time the request is made.

(2) Paragraph 1 above shall apply also to surviving dependants of such persons who died before the entry into force of this Agreement.

Article 8

(1) Articles 2 to 6 of this Agreement shall not apply to persons referred to in article 1 of this Agreement or to their surviving dependants if, under legislation in force in the Federal Republic of Germany, taking into account the international social security conventions binding on Germany and the regulations of the European Communities on social security, they are receiving benefits from German insurance authorities, or from any other German agency under public law in the context of payment of retirement benefits for public employ-

ees against claims under article 2 of this Agreement or for the periods or industrial accidents (occupational diseases) referred to in articles 3 to 5 of this Agreement.

(2) Paragraph (1) above shall apply *mutatis mutandis* to persons receiving benefits under the legislation of a third State on the basis of claims under article 2 of this Agreement or for the periods or industrial accidents (occupational diseases) referred to in articles 3 to 5 of this Agreement.

Article 9

Unless otherwise provided for in this Agreement, Italian legislation, taking into account the international social security conventions binding on the Italian Republic and the regulations of the European Communities on social security, shall apply to claims by the persons referred to in article 1, paragraph (1), of this Agreement and by their surviving dependants.

Article 10

(1) To facilitate the implementation of this Agreement, the Consultative Committee in Bolzano for parties injured as a result of the resettlement shall inform the persons covered by this Agreement of their rights and shall assist them in submitting their applications to invoke the benefit of this Agreement. The Committee shall also, on formal, written application, investigate the merits of claims under the regulations governing social security and also those governing retirement pensions for employees of public services and persons assimilated thereto. A fact shall be considered reliable when the truth of its occurrence can be inferred from the results of the inquiries into it, which should include all possible probative measures provided for under German regulations. The Committee, in cooperation with and with the agreement of the applicant, shall issue a certificate on the results of the inquiries.

(2) Once validated by the German authority competent to do so, the certificate shall be submitted to the competent Italian agency and shall be sufficient proof of their decision.

(3) On receipt of the certificate, the competent Italian agency shall communicate to the applicant without delay its decision on the periods to be taken into consideration, on the basis of this Agreement, when the insured event occurs, and on the possibility provided for in article 7 of paying voluntary contributions to Italian general compulsory insurance. If the insured event has occurred before receipt of the certificate, the competent Italian body shall without delay inform the applicant of its decision on the benefits to be allowed, in application of this Agreement, under Italian legislation, and shall proceed to effect payment of those benefits.

(4) Applications and their supporting documentation from employees of public services shall be considered, taking into account the provisions of paragraphs (1) and (2) above, by a special Interministerial Commission to be established within the Office of the President of the Council of Ministers; the Commission shall communicate without delay its decision under paragraph (3) above on the periods and types of service to be taken into consideration and shall inform the competent Offices in order to effect payment of benefits.

(5) Any problems with procedures under paragraphs (1) to (4) above shall be resolved, at the request of one of the interested parties, by agreement between the German Federal Minister of Labour and Social Affairs and the competent Italian Ministries.

Article 11

(1) Any disputes concerning the interpretation or application of this Agreement shall, so far as possible, be settled by the competent authorities of the Contracting Parties.

(2) Where a dispute cannot be settled in this manner, it shall, upon request by a Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted ad hoc; each Contracting Party shall appoint a member, and the two members shall agree on a national of a third State as chairman. The members shall be appointed within two months, and the chairman within three months, after one of the Contracting Parties has informed the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the time limits referred to in paragraph (3) above are not adhered to, either Contracting Party may request the President of the European Court of Human Rights to make the necessary appointments. If the President is a national of a Contracting Party or is unable to act for any other reason, the Vice-President shall make the appointments. If the Vice-President is also a national of one of the Parties or is also unable to act, the next most senior member of the Court [by hierarchy] who is not a national of a Contracting Party shall make the appointments.

(5) The arbitral tribunal shall take its decisions by majority vote, on the basis of the treaties existing between the Contracting Parties and of international law. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall defray the expenses of its member and the cost of its representation in the arbitral proceedings; the expenses of the umpire and other costs shall be shared equally by the Contracting Parties. The arbitral tribunal may make some other ruling concerning costs. In all other respects the arbitral tribunal shall establish its own rules of procedure.

Article 12

(1) Except as otherwise provided herein, this Agreement shall not create any entitlement to benefits in respect of periods prior to 1 January 1975.

(2) The fact that earlier decisions have become final shall not preclude the application of the Agreement.

(3) In respect of entitlements based on this Agreement, time limits for submitting, excluding and time-barring claims which expired before this Agreement entered into force shall recommence, upon its entry into force, for two years with effect from 1 January 1975.

(4) Benefits determined before the date of entry into force of this Agreement may, in consideration thereof, be revised ex officio. If the revision, whether by request or ex officio, would result in no benefit or a smaller benefit than was last paid in respect of periods prior to the date of entry into force of this Agreement, payments shall continue at the previous rate.

Article 13

This Agreement shall apply also to Land Berlin provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Italian Republic within three months from the date of entry into force of this Agreement.

Article 14

This Agreement is concluded for an indefinite period. Either Party may denounce it [and shall so notify the other Party], on three months' notice, as at the end of a calendar year.

Article 15

(1) This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Rome.

(2) This Agreement shall enter into force, with effect from 1 January 1975, on the first day of the second month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

In witness whereof the Plenipotentiaries have signed this Agreement and affixed thereto their seals.

Done at Bonn on 27 January 1976 in two originals in the German and Italian languages, each text being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

GEHLHOFF

For the Italian Republic:

MARIO LUCIOLLI

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA
RÉPUBLIQUE ITALIENNE EN VUE DU RÈGLEMENT DE QUESTIONS
LIÉES À L'ACCORD GERMANO-ITALIEN DU 26 FÉVRIER 1941

La République fédérale d'Allemagne et la République italienne,

Désireuses de régler définitivement les questions liées à l'Accord signé à Rome le 26 février 1941 entre le Gouvernement allemand et le Gouvernement italien pour régler la sécurité sociale des personnes qui relèvent de l'Accord du 21 octobre 1939 relatif à la conduite économique du transfert de membres du peuple allemand et de ressortissants allemands du Reich allemand d'Italie vers le Reich allemand du 21 octobre 1939, de même que d'autres questions liées à ce groupe de personnes,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

1. À moins d'autres dispositions du présent Accord, celui-ci s'applique aux personnes qui, en application de l'Accord germano-italien du 21 octobre 1939 relatif à la conduite économique du transfert de membres du peuple allemand et de ressortissants du Reich d'Italie vers le Reich allemand ci-après dénommé Accord du 21 octobre 1939 ainsi que de leurs descendants, quel que soit leur lieu de résidence, à condition, lors de la signature du présent Accord, d'avoir la nationalité italienne ou, s'ils ne sont pas ressortissants italiens, d'avoir exercé une activité rémunérée entre le 1er septembre 1939 et la date de la signature du présent Accord sur le territoire italien ou d'y avoir résidé pendant au moins 12 mois.

2. Le présent Accord s'applique aussi aux ressortissants italiens qui habitaient les zones visées dans l'Accord du 21 octobre 1939 et qui ont été astreints à un service obligatoire entre le 8 septembre 1943 et le 31 mai 1945 dans des services ou organes créés par les autorités allemandes.

3. À moins d'autres dispositions contraires du présent Accord, celui-ci s'applique à la législation concernant :

L'assurance obligatoire en cas d'invalidité, de vieillesse ou au profit des survivants;

L'assurance accident du travail et maladie du travail;

Le régime de prévoyance des fonctionnaires.

Article 2

1. En ce qui concerne les droits des personnes visées à l'article premier du présent Accord ainsi que de leurs survivants résultant du régime italien d'assurance sociale, l'Accord germano-italien du 26 février 1941 concernant le règlement de la sécurité sociale des personnes qui relèvent de l'Accord relatif à la conduite économique du transfert de membres du peuple allemand et de ressortissants du Reich allemand d'Italie vers le Reich allemand du 21 octobre 1939 ci-après dénommé Accord du 26 février 1941, sera considéré comme

non avenu par les caisses d'assurance italiennes dans la mesure où le capital de couverture aurait dû être transféré par les caisses d'assurance italiennes à des caisses allemandes. Les dispositions ci-après sont d'application :

a) Les demandes déjà satisfaites par le paiement de prestations continueront à être reconnues. Après l'entrée en vigueur du présent Accord, le montant des prestations restera égal à celui qui était payé jusque-là;

b) Dans le cas des demandes de prestations qui n'ont pas encore été satisfaites, les caisses d'assurance italiennes compétentes prennent en charge le paiement des prestations à compter du 1er janvier 1975 conformément à leur législation en vigueur.

2. Les dispositions de l'alinéa a) du paragraphe 1 du présent article s'appliquent mutatis mutandis aux droits visés au paragraphe 1 qui ont donné lieu au paiement de prestations de la part des caisses d'assurance allemandes.

3. Les prestations déjà payées qui doivent continuer d'être payées ou qui seront payables à l'avenir par les caisses d'assurance allemandes ou italiennes ne feront pas l'objet de remboursement réciproque. Il n'y aura pas de transfert ni de retransfert de capitaux de couverture.

Article 3

La caisse d'assurance italienne compétente prend en compte, avec effet rétroactif, conformément à la législation italienne les accidents du travail (maladies du travail) survenus avant le 1er septembre 1939 au sujet desquels aucune décision n'avait été prise jusqu'à ce jour en raison de l'entrée en vigueur de l'Accord du 21 octobre 1939.

Article 4

1. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article ainsi que de l'article 5 du présent Accord, les dispositions ci-après s'appliquent aux périodes pendant lesquelles les personnes visées au paragraphe 1 de l'article premier du présent Accord ont exercé une activité auprès de services et d'organismes allemands ou d'autres employeurs sur le territoire italien ou ont séjourné sur ce territoire et ont dû renoncer à cette activité ou ont été internées en raison de l'Accord du 21 octobre 1939 :

a) Ces périodes sont reconnues par les caisses et les instituts d'assurance italiens y compris les caisses complémentaires italiennes et prises en compte dans tous leurs effets juridiques conformément aux règles qui leur sont applicables comme périodes d'affiliation à l'assurance italienne et comme s'il s'agissait de périodes accumulées selon le régime applicable aux caisses italiennes concernées pour lesquelles les cotisations auraient été versées sur la base des rémunérations effectives indépendamment d'un dépassement éventuel du montant maximum de rémunération;

b) Pour les périodes au cours desquelles aucune rémunération n'a été versée, le montant retenu sera celui des rémunérations ou autres revenus du travail salarié perçus au cours de la période ayant précédé immédiatement celle qui doit être reconnue ou, en l'absence d'informations à ce sujet, les rémunérations ou autres revenus du travail salarié perçus au cours des périodes immédiatement précédentes. En cas d'absence d'informations à leur sujet aus-

si, la valeur moyenne de la tranche de cotisations indiquée par l'échelle de rémunération valable pour la période dont la reconnaissance est demandée sera retenue;

c) Si la reconnaissance des périodes d'assurance dépend d'autres caisses que l'Institut national de protection sociale et si celui-ci ne peut pas accorder de pension sur la base de la reconnaissance de ces périodes en raison de sa réglementation, ces périodes sont reconnues dans le cadre du régime général d'assurance obligatoire conformément à la législation italienne en vigueur;

d) Les accidents du travail (maladies du travail) survenus entre le 1er septembre 1939 et le 31 mai 1945 sont pris en compte par les caisses italiennes d'assurance conformément à la législation italienne tout comme s'ils avaient été déclarés dans les délais prescrits pour le dépôt de demandes d'indemnisation.

2. Les personnes visées au paragraphe 1 de l'article premier du présent Accord qui, entre le 1er juin 1945 et le 31 août 1950, ont exercé une activité professionnelle dans des services publics des zones visées par l'Accord du 21 octobre 1939 peuvent s'assurer rétrospectivement en application de la loi italienne No 633 du 28 juillet 1950.

3. La radiation des listes professionnelles résultant de l'application de l'Accord du 21 octobre 1939 est sans effet aux fins de l'assurance pour la période du 1er septembre 1939 au 31 mai 1945 et les intéressés peuvent racheter les droits correspondant à cette période conformément à la législation italienne en vigueur. Cette disposition s'applique aussi aux personnes qui n'ont pas pu se faire inscrire sur les listes professionnelles en raison de l'application de l'Accord du 21 octobre 1939.

4. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent mutatis mutandis aux périodes pendant lesquelles les personnes qui y sont visées ont été envoyées dans des zones d'immigration extérieures au Reich allemande et y ont exercé une activité ou y ont séjourné du fait qu'elles n'exerçaient plus l'activité qu'elles avaient jusqu'alors en raison de l'application de l'Accord du 21 octobre 1939.

Article 5

1. En Italie, les périodes pendant lesquelles des personnes ont cotisé entre le 1er septembre 1939 et le 31 mai 1945 conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article premier du présent Accord, en raison de leur activité au service de l'État ou dans d'autres fonctions publiques, de leur service militaire dans les forces armées allemandes ou de périodes d'inactivité dues à l'Accord du 21 octobre 1939 sont comptabilisées par les caisses italiennes compétentes en même temps que les périodes de service qui doivent être comptabilisées pour le calcul des pensions de retraite des fonctionnaires de l'État ou d'organismes publics italiens. Pour ces personnes, la durée de l'activité qui sert à déterminer le montant de la pension de retraite normale est majorée de la moitié pour les deux premières années et du tiers pour chaque année suivante. Les périodes supérieures à six mois sont considérées comme une année entière et les périodes égales ou inférieures à six mois sont comptées comme inexistantes.

2. Aux fins de la détermination du montant majoré des pensions de retraite, dans le cas des personnes visées au paragraphe 1 du présent article, les accidents du travail (les maladies du travail) survenus au cours de la période considérée sont aussi tous comptabilisés.

3. Aux fins de l'application du présent Accord, conformément aux dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article, les périodes de captivité postérieures au 31 mai 1945 sont comptabilisées tout comme s'il s'agissait de service militaire ou de service lié aux hostilités.

4. Les employés de l'État ou d'autres organismes publics qui, en raison de l'Accord du 21 octobre 1939, ont dû interrompre leur activité et ont été réintégrés à la suite de la loi No 23 du 2 février 1948 peuvent demander que soit comptabilisée la période allant du 31 mai 1945 à la date de leur réintégration. Pour le calcul de cette période, le demandeur doit, au titre des périodes à prendre en compte, verser une cotisation égale à 18 % du traitement qu'il recevait à la date de la demande. Si la demande est présentée après la cessation de fonction, le montant retenu est celui de la dernière rémunération.

Article 6

1. La République fédérale d'Allemagne rembourse à la République italienne chaque année les montants décaissés pendant l'année civile conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 4 du présent Accord en raison d'accidents du travail (maladies du travail) qui sont reconnus comme tels conformément à la législation italienne et compte tenu des dispositions du présent Accord et qui correspondent à des périodes prises en compte conformément à cette législation et compte tenu de cet Accord pour le calcul des pensions, dans la mesure où la reconnaissance de ces périodes détermine le droit à des prestations ou le relèvement du montant de celle-ci. Si ces périodes sont nécessaires pour l'obtention d'une pension du régime italien d'assurance vieillesse, la fraction de la pension qui correspond aux périodes retenues doit être remboursée, y compris les majorations et autres indemnités. Le remboursement visé aux deux premières phases du présent article ne peut avoir lieu que si la prestation est conforme à l'attestation visée au paragraphe 1 de l'article 10 du présent Accord. Les dispositions du présent paragraphe s'appliquent mutatis mutandis aux montants dépensés encourus en application des dispositions des paragraphes 1 à 3 de l'article 5 de cet Accord.

2. Au plus tard cinq ans après l'entrée en vigueur du présent Accord, les Parties contractantes conviennent du remboursement final des montants visés au paragraphe 1 du présent Accord sous forme de paiement forfaitaire. Ce paiement forfaitaire peut être effectué par versements échelonnés au cours d'une période déterminée.

3. À la demande du Ministre fédéral du travail et de l'ordre social, le Ministère du travail et de la protection sociale et le Présidium du Conseil des ministres (Comité interministériel visé au paragraphe 4 de l'article 10 du présent Accord) font envoyer les pièces nécessaires à l'examen des montants qui doivent être remboursés conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article.

Article 7

1. Les personnes visées à l'article premier du présent Accord qui, en raison de l'Accord du 21 octobre 1939, n'ont pas pu acquitter les cotisations volontaires au régime général de l'assurance obligatoire italienne parce que n'étaient pas remplies les conditions concernant la période du 1er juin 1945 au 31 décembre 1948 peuvent, si elles le demandent, acquitter

a posteriori ces cotisations dont le montant est égal à celui du premier échelon des cotisations en vigueur au moment de la demande.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aussi aux survivants des personnes susnommées qui sont décédées avant l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 8

1. Les dispositions des articles 2 à 6 du présent Accord ne s'appliquent pas aux personnes visées à son article premier ni à leurs survivants en raison de droits définis à l'article 2 ou de périodes d'accident ou de maladie du travail visées aux articles 3 à 5 du présent Accord de la part des caisses d'assurance allemandes conformément à la législation allemande et compte tenu des conventions internationales en matière de sécurité sociale qui sont en vigueur à l'égard de la République fédérale d'Allemagne ou des règles de la Communauté européenne concernant la sécurité sociale ou d'autres organismes de droit public allemands dans le cadre des droits à la retraite dans la fonction publique.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent mutatis mutandis aux personnes auxquelles des droits sont reconnus en raison de l'article 2 de cet Accord ou de périodes définies d'accident du travail (maladie du travail) visées aux articles 3 à 5 du présent Accord.

Article 9

À moins d'autres dispositions contraires du présent article, les droits des personnes visées à l'article premier du présent Accord ainsi que de leurs survivants, aux fins de l'application du présent Accord, sont définis par la législation italienne compte tenu des conventions internationales de sécurité sociales qui produisent des effets à l'égard de la République italienne ainsi que des règles de l'Union européenne en matière de sécurité sociale.

Article 10

1. Afin de faciliter l'application du présent Accord, le Comité consultatif chargé des dommages des rapatriés à Bolzano informe les personnes concernées par le présent Accord au sujet de leurs droits et les aide à demander les bénéfices et avantages prévus par le présent Accord. Sur demande écrite officielle, le Comité enquête en outre sur les faits qui permettent de déterminer les droits à prestations sur la base de la législation en matière de sécurité sociale, ainsi que sur les pensions des membres de la famille des fonctionnaires publics et des personnes assimilées. Un fait est considéré comme plausible lorsque, sur la base des résultats d'une enquête s'étendant à tous les éléments de preuve qu'il est possible d'obtenir conformément au règlement allemand, il est possible de convenir qu'il est réel. En coopération et en accord avec le demandeur, le Comité établit une attestation au sujet des résultats de l'enquête.

2. L'attestation, qui est authentifiée par les autorités allemandes concernées et qui doit être présentée par le demandeur aux organes italiens compétents a pleine valeur de preuve aux fins de la décision de ceux-ci.

3. Au reçu de l'attestation, l'organe italien compétent communique sans retard au demandeur sa décision au sujet des périodes à prendre en compte sur la base du présent Accord lors de la survenue du cas assuré ainsi qu'au sujet des possibilités de versement de cotisations a posteriori à l'assurance obligatoire générale italienne visée à l'article 7 du présent Accord. Si l'événement qui fait l'objet de l'assurance est antérieur à la présentation de l'attestation, l'organe italien compétent communique sans retard au demandeur sa décision concernant les prestations à accorder compte tenu du présent Accord et conformément à la législation italienne et procède à leur paiement.

4. Les demandes des membres de la famille de fonctionnaires et des pièces qui y sont jointes sont examinées compte tenu des dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article par une commission interministérielle qui sera constituée par le Présidium du Conseil des ministres; celle-ci fait connaître sa décision visée au paragraphe 3 du présent article concernant les périodes et les services à prendre en compte et en informe les autorités compétentes aux fins du paiement des prestations.

5. Les incertitudes que pourraient poser les modalités définies aux paragraphes 1 à 4 du présent Accord seront levées par le Ministre fédéral du travail et de l'ordre social et les ministères italiens compétents sur proposition des parties intéressées.

Article 11

1. Les différends concernant l'interprétation et l'application du présent Accord seront autant que possible réglés par les autorités compétentes des Parties contractantes.

2. Si un différend ne peut pas être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage à la demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal sera constitué dans chaque cas : chacune des Parties contractantes désignera un membre et les deux membres ainsi désignés choisiront d'un commun accord un président qui devra être ressortissant d'un État tiers et qui sera nommé par les gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres seront désignés dans les deux mois et le président dans les trois mois qui suivront la date à laquelle l'une des Parties contractantes aura notifié à l'autre qu'elle a l'intention de soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

4. Si les délais visés au paragraphe 3 du présent article ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes pourra prier le président de la Cour européenne des droits de l'homme de procéder aux nominations nécessaires. Si le président est ressortissant de l'une des Parties contractantes ou est autrement empêché, le vice-président procède aux nominations. Si le vice-président est lui-même ressortissant de l'une des Parties contractantes ou est autrement empêché, c'est le membre de rang suivant le plus élevé de la Cour européenne des droits de l'homme, qui n'est ressortissant ni de l'un ni de l'autre État contractant, qui procède aux nominations.

5. Le tribunal d'arbitrage se prononce à la majorité des voix sur la base des accords existants entre les Parties contractantes et du droit international public. Ses décisions s'imposent aux Parties. Chacune des Parties contractantes prend en charge les frais de participation au tribunal du membre qu'elle a désigné ainsi que de sa participation à la procédure; les frais du président et les autres frais sont partagés également entre les Parties

contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut convenir d'un autre mode de règlement des dépenses. Pour le reste, c'est lui qui arrête son règlement intérieur.

Article 12

1. À moins d'autres dispositions, le présent Accord ne crée aucun droit au paiement de prestations pour des périodes antérieures au 1er janvier 1975.

2. La validité d'autres décisions antérieures ne s'oppose nullement à l'application du présent Accord.

3. Pour autant que le présent Accord constitue la base de droits, le délai de présentation des demandes et les délais d'exclusion et de prescription dépassés avant l'entrée en vigueur du présent Accord courent à nouveau pour deux ans à compter de l'entrée en vigueur au 1er janvier 1975.

4. Les prestations reconnues avant l'entrée en vigueur du présent Accord peuvent, compte tenu de celui-ci, être recalculées d'office. Si la nouvelle détermination, faite sur demande ou d'office, aboutit à l'absence de prestation ou à une prestation inférieure à celle qui a été payée en dernier lieu avant l'entrée en vigueur de l'Accord, c'est le montant payé jusqu'alors qui doit continuer d'être servi.

Article 13

Le présent Accord s'applique aussi au Land de Berlin à moins que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ne fasse une déclaration en sens contraire au Gouvernement de la République italienne dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de l'Accord.

Article 14

Le présent Accord est conclu pour une durée non déterminée. Chacune des Parties contractantes peut le dénoncer avec un préavis de trois mois précédant la fin de chaque année civile.

Article 15

1. Le présent Accord est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Rome.

2. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra celui au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés, avec effet à partir du 1er janvier 1975.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé le présent Accord et y ont apposé leur sceau.

Fait à Bonn, le 27 janvier 1976, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et italienne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

GEHLHOFF

Pour la République italienne :

MARIO LUCIOLLI